

Reden Rat 20150612 – Geld

Wissen Sie, dass der Schützenverein des Leinebergs, im Jahr 2014 Spenden von über 400.000 Euro aus Gesellschaften in städtischem Besitz erhalten hat?

Da kam dann noch der Antrag über 7.000 Euro in den Jugendhilfeausschuss zur Förderung des Nachwuchses im Leineberger Schützenverein und wir Politiker hatten keinen Einblick über im Vorjahr geflossene Summen.

Welche Beträge von der GöSF, der städtischen Wohnungsbau, der GWG oder anderer Gesellschaften die zu 100% der Stadt Göttingen gehören geflossen sind ist unbekannt.

Fördersummen von den Stadtwerken, der Sparkasse oder anderen öffentlichen Einrichtungen sind da noch gar nicht mal mit drin.

Nun ich weiß es nicht genau, aber ich nehme mal an, dass in Wirklichkeit diese Gelder nicht geflossen sind, da ich im Internet keinen Leineberger Schützenverein habe finden können und ich mir die Geschichte einfach nur ausgedacht habe. Aber wer könnte mir das Gegenteil beweisen, wenn ich es für andere Vereine einfach behaupten würde?

Wir beschließen im Sparhaushalt des EHP erst nach Notlage und dann nach Bedürftigkeit, aber nicht nach Sachlage.

Wenn wir also zum Beispiel in den Ausschüssen beraten und dann im EHP schlussendlich einen Betrag von 30.000 Euro als jährliche Fördersumme für den BG 74 öffentlich festsetzen, dann glauben uns die Bürger, dass die Stadt Göttingen 30.000 Euro jährlich zahlt und liegen damit völlig falsch.

Wenn dann die Gesellschaften der Stadt Göttingen nochmal 100.000 Euro oben drauf legen, dann ist das gut für den BG 74 aber wahrscheinlich schlecht für den Indoor-Kinderspielplatz, der sich einen Hüpfball nicht leisten kann. Ganz sicher aber ist das schlecht für die demokratische Legitimation einer repräsentativen Demokratie.

Bereits 2009 haben die Grünen einen Antrag mit ähnlichen Zielen gestellt. *„Klarheit und Wahrheit der Haushaltsführung auch bei der Unterstützung des Berufsbasketballs in Göttingen.“*

Gestern haben wir im Jugendhilfeausschuss zum Beispiel gerade über einen beantragten Zuschuss entscheiden müssen und wurden ganz selbstverständlich durch die Verwaltung informiert, dass an einen der Antragssteller, bereits Geld im Kulturausschuss bewilligt wurde.

Diese Information hat einen Einfluss auf unsere Entscheidung.

Heute zum Beispiel werden wir wahrscheinlich unter TOP 22 zustimmen, dass die Städtische Wohnungsbau 7500 Euro für das Festival am KWP spendet.

Dabei möchte ich ganz besonders betonen, dass wir das NICHT erfahren, weil wir die Ausgabe bewilligen sollen, sondern weil wir zustimmen sollen, dass uns unsere Gesellschaft unser Geld spendet.

Würde nicht die Stadt Empfänger der Spende sein, hätten wir davon nichts erfahren. Einwirken können die gewählten Vertreter leider sowieso nicht darauf, aber wissen sollten wir wenigstens davon.

Es muss bei solchen Entscheidungen für die Politik klar sein, wieviel Geld die Stadt Göttingen wirklich zahlt und nicht nur wieviel sie **vorgibt** zu zahlen.

Ich habe schon vor Augen, dass die Verwaltung die ablehnende Antwort auf unseren Antrag wahrscheinlich schon vorformuliert hat.

Ich erwarte die Nennung von rechtlichen Problemen, weil UNSERE Gesellschaften zwar UNS gehören, aber nicht machen müssen was wir wollen. Denn wir haben Gesellschaften mit Satzungen geschaffen, die sie unabhängig von uns machen, damit die trickreichen Steuersparmodelle rechtlich ok sind.

Nun freiwillig dürfen uns die Gesellschaften diese Informationen sicherlich mitteilen auch unter Wahrung des in diesen Fällen immer gerne angeführten Datenschutzes – zur Not dann eben nicht-öffentlich. Wir müssen sie aber danach fragen.

Versetzen Sie sich mal kurz in die Lage eines Unternehmers, der aus Gründen der Steuertrickserei eine Gesellschaft mit eigenem Geschäftsführer gegründet hat, die ihm zu 100% gehört. Und dann weigert sich plötzlich der Geschäftsführer Ihnen zu sagen, was er mit dem Geld macht und an wen er es verschenkt. Ich würde mir wahrscheinlich einen anderen Geschäftsführer suchen. Entscheiden Sie, was Sie in solch einem Fall tun würden.

Wem nützt die aktuelle Regelung und wem schadet die aktuelle Regelung?

Nutzen wird die aktuelle Regelung Menschen, die gute private Beziehungen zu den eingesetzten Geschäftsführern haben. Der offiziell unbekannt aber berühmte „kurze Dienstweg“ funktioniert auch besser, wenn Öffentlichkeit und Rat aus dem Entscheidungsprozess entfernt werden.

Ich habe mal sinniert, dass wenn ich einen Billardverein leiten würde und Geld bräuchte, wäre es wahrscheinlich einfacher zunächst mal privat mit einem der Göttinger GFs zu sprechen als einen Antrag an die Stadt zu stellen. Ich glaube aber, am einfachsten wäre es, wenn ich Mitglied der gleichen Partei wäre, wie die angefragten Geschäftsführer.

Schaden, wird die Regelung kleinen Vereinen mit guten Ideen, aber schlechten privaten Netzwerken.

Diese aktuellen Konstrukte sind legale **Schwarze Kassen** sonst nichts.

Daher beantragen wir:

- 1.) Die Verwaltung wird eine Liste der jährlich gezahlten Fördersummen sortiert nach Empfänger aufstellen, die die Beträge der Stadt zusammen mit den 100%igen Tochter-Gesellschaften enthält.
- 2.) Soweit rechtlich möglich, sollen auch Fördersummen von nur mehrheitlich im Besitz der Stadt befindlichen Gesellschaften wie den Stadtwerken mit aufgenommen werden.